

# Was für den Kohleausstieg spricht

*PNP-Bericht vom 27.04.2019*



Um Klimagerechtigkeit ging es in ihrem Vortrag: Josef Pauli vom Bürgerenergiestammtisch dankte Barbara Schmidt. – Foto: Schmidt

## **Bürgerenergiestammtisch unterstützt „Friday for Future“-Forderungen**

*Johannes Schmidt.*

Zum Thema Kohleausstieg traf sich der Bürgerenergiestammtisch Sittenberg im April. Als Referentin kam die Leiterin von Misereor in Bayern, Diplom-Theologin Barbara Schmidt.

Das Hilfswerk Misereor setzt sich mit anderen Hilfswerken wie „Brot für die Welt“, der Pariser Klimaschutzkonferenz von 2015 und den Vereinten Nationen für einen sofortigen Ausstieg aus der Kohleverstromung ein. In Deutschland wurden 2018 die letzten Steinkohleminen geschlossen, die besonders umweltschädliche Braunkohleförderung soll noch bis 2038 weitergehen, erklärte sie.

Nur wenn ein Großteil der bekannten Kohlereserven im Boden bleibt, kann das Ziel des Pariser Abkommens, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, verwirklicht werden, sagte sie. 2015 betrug der Ausstoß von CO<sub>2</sub> weltweit 82 174,78 Billionen Tonnen. Der Anteil der fossilen Energieträger wie Kohle und Öl betrug 44,13 Prozent und daran hat die Kohle einen Anteil von 41,45 Prozent. Deutschland ist weltweit

immer noch unter den Spitzenreitern beim absoluten Ausstoß; dieser nimmt leider nicht ab. Das Klimaziel Deutschlands, für 2020, die Emissionen um 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren, wird nicht erreicht werden. Einige Berechnungen sprechen von nur 26 Prozent. Um eine notwendige Verringerung von 55 Prozent bis 2030 zu erreichen, braucht es einen schnellen Kohleausstieg in Deutschland und weltweit: Kohleverbrennung verursacht ein Drittel der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Barbara Schmidt referierte weiter: „Der Ausstieg aus dem Steinkohleabbau in Deutschland bedeutet keineswegs einen Ausstieg aus der Verbrennung zur Verstromung von Steinkohle: Was aus eigenem Abbau fehlt, wird schon seit Jahren durch Steinkohleimporte kompensiert.“ 2016 importierte Deutschland rund 50 Millionen Tonnen Steinkohle, um sie in deutschen Kraftwerken zu Strom zu machen, rechnete Barbara Schmidt vor. Das war zwölf mal so viel, wie bundesweit 2017 abgebaut wurde. Das heißt: Der Kohleausstieg ist gar keiner, sondern eher eine Mogelpackung. Jeder Stromkunde muss sich fragen: Läuft mein Laptop vielleicht mit Kohle aus Südafrika oder verbrennt mein Fernseher Energie aus Kolumbien? Sie meinte, der Kohleabbau und mit ihm verbundene ökologische und soziale Probleme werden ausgelagert in andere Länder und Kontinente.

Wie der Atomstrom ist der Kohlestrom hoch subventioniert, „verdeckt“ in Steuerprivilegien, Ausnahmeregelungen und Folgekostenübernahme durch den Staat, sogenannten „Ewigkeitskosten“. Ewigkeitskosten sind Folgekosten in den ehemaligen Steinkohle- und Braunkohlerevieren, die nach Beendigung des Bergbaus anfallen, zum Beispiel Kosten für die Trinkwasserreinigung oder das Abpumpen von Grundwasser. Ihre Organisation Misereor fordere deshalb, dass Braunkohletagebaue und -Kraftwerke in Deutschland nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden und auch die Exportförderung von Kohletechnologien und Kohleinfrastruktur ins Ausland beendet wird. Etliche deutsche Unternehmen investieren über die KfW-Bank in viele Kohlekraftwerke auf der ganzen Welt.

Auch das Argument, dass mit dem Kohleausstieg Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen, treffe nicht zu. Der sozialverträgliche Abbau der Arbeitsplätze wurde bereits vor zehn Jahren festgelegt und die wegfallenden Jobs können daher in allen betroffenen Regionen durch andere Sektoren ausgeglichen. Die Beschäftigung im fossilen Energiesektor hat bereits stark abgenommen, so Schmidt, während sie in den verschiedenen Bereichen der Erneuerbaren Energien um ein Vielfaches angestiegen ist. So waren 2016 im Bereich fossiler Energieträger 201 399 Arbeitnehmer beschäftigt, im Bereich Erneuerbarer Energien 338 600. Natürlich müssen die Tarifparteien dafür sorgen, dass die Energiewende und der Strukturwandel sozialverträglich gestaltet wird. Die Beschäftigten müssen in den neuen Jobs gut vertreten werden und angemessene Löhne bekommen.

Was könne angesichts dieser Realitäten der Verbraucher tun? Als Konsequenz führte Barbara Schmidt aus, müsse man sich bewusst für Öko-Strom und gegen Kohlestrom entscheiden, egal ob nun aus einheimischer Kohle oder aus importierter. Man kann den Stromanbieter fragen, woher der eigene Strom kommt, den Stromanbieter wechseln und echten Öko-Strom wählen. Auch die eigene Bank ist zu fragen, ob sie Geldanlagen in fossile Energien tätigt und deutlich machen, dass man das nicht will. Und jeder kann sich über die Hintergründe informieren und sich für einen Kohlestopp einsetzen. Informationen dazu gibt es unter [www.kohlestopp-global.de](http://www.kohlestopp-global.de).

In der anschließenden Diskussion wurde viel Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Energiewende geäußert. Die Forderung der Schülerbewegung „Fridays for Future“ nach sofortiger Schließung von einem Viertel der deutschen Kohlekraftwerke fand etliche Befürworter. Es klang an, dass die Politik fahrlässig mit Gesundheit und Zukunft der Bevölkerung umgehe. Die streikenden Schüler hätten jedes Recht, sich zu wehren und auf ihre Zukunftsängste aufmerksam zu machen. Sie bräuchten dringend die Solidarität der älteren Generationen. Weitere Informationen über den Bürgerenergiestammtisch und seine Projekte gibt es unter [www.fachlexika.de/buergerenergiestammtisch](http://www.fachlexika.de/buergerenergiestammtisch).